

A3 - Bildung und Soziales Zusammen für ein gutes Zusammenleben im Kreis

Gremium: Kreisvorstand Rhein-Pfalz

Beschlussdatum: 05.11.2018

Text

1 ... für unsere Kinder und Familien

2 Im Rhein-Pfalz-Kreis gibt es in den letzten Jahren eine Zunahme an
3 Ganztagsplätzen in allen Kindertageseinrichtungen zu verzeichnen. Das ist gut
4 so. Sie sind aber nicht ausreichend. Die Nachfrage auf Seiten der Eltern ist
5 immer noch größer als das vorhandene Angebot. Auch bei einem zunehmenden Angebot
6 an Ganztagschulen hat ein Hortangebot für Schulkinder nach wie vor seine
7 Berechtigung. Die vielerorts vorhandene „Betreuende Grundschule“ kann dies nur
8 ansatzweise ersetzen, da die professionelle pädagogische Betreuung im Hort
9 besser ist.

10 Es fehlen nicht nur wichtige Ganztagsplätze, oft sind auch die Öffnungszeiten
11 von Kitas nicht ausreichend, um berufstätigen Eltern ein stressfreies Bringen
12 und Abholen ihres Kindes zu ermöglichen. Der Rhein-Pfalz-Kreis betreibt zwar
13 keine eigenen Kitas, er kann aber als maßgebliche Planungsbehörde bei den Kita-
14 Trägern darauf hinwirken, dass die Öffnungszeiten elternfreundlicher gestaltet
15 werden.

16 Viele Familien benötigen Unterstützung, die über das Betreuungsangebot in der
17 Kindertagesstätte hinausgeht. Je früher die Hilfe einsetzt und je einfacher
18 zugänglich sie ist, desto besser ist dies für die Kinder. In manchen Städten und
19 Gemeinden haben Kindertagesstätten begonnen, über ihre Kernaufgabe hinaus
20 Hilfsangebote wie Erziehungsberatung, Sozialberatung, Deutschkurse für
21 Migranten/innen, Vermittlung von Familienpaten/innen und vieles mehr zu
22 organisieren. Dies geht aber nur mit zusätzlichen personellen und finanziellen
23 Ressourcen.

24 Daher setzen wir uns ein

- 25 • für die Schaffung weiterer Ganztagsplätze in Kitas in den Gemeinden des
26 Rhein-Pfalz-Kreises
- 27 • für eine Förderung und einen Ausbau des Hortangebotes im Rhein-Pfalz-Kreis
- 28 • Wir legen Wert auf familienfreundliche Öffnungszeiten von Kitas. Der
29 Rhein-Pfalz-Kreis soll zusätzliches Personal zur Abdeckung erweiterter
30 Öffnungszeiten genehmigen. Bei weitergehendem Bedarf ist von Seiten des
31 Jugendamtes ein Ausbau und eine Vernetzung mit einer Kindertagespflege
32 herzustellen.
- 33 • Wir wollen bei der Vorlage der zu genehmigenden Personalveränderungen im
34 Einzelnen - im Sinne der betreuten Kinder und der päd. Fachkräfte –
35 zusätzliche weitere Stellenanteile einfordern, insbesondere dort wo
36 finanziell benachteiligte Familien wohnen.
- 37 • Wir GRÜNE begrüßen die Initiativen von Kita-Trägern und Eltern, ihre Kita
38 weiterzuentwickeln mit einem breiteren Angebot für Eltern und Familien.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Rhein-Pfalz-Kreis ein Förderprogramm auflegt zur Förderung von Kitas bei der Weiterentwicklung zu Familienzentren

... für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung (Inklusion)

Eltern von Kindern mit einer Behinderung müssen Wahlmöglichkeiten haben zur bestmöglichen Förderung ihres Kindes – sei es in einen Förderkindergarten/einer Förderschule oder einer regulären Kindertagesstätte/Schule. Hier sind in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt worden, aber es bedarf noch weiterer Ressourcen zur Förderung dieser Kinder. Insbesondere benötigen die Einrichtungen ausreichendes Fachpersonal, um arbeitsfähige Strukturen aufrecht erhalten zu können.

- Wir begrüßen die Festanstellung von besonders geschultem Personal wie Heilpädagoginnen in Kindertagesstätten und Förderlehrerinnen an Schulen

... in unseren Schulen

Der Rhein-Pfalz-Kreis verfügt über sechs Realschulen PLUS, zwei Gymnasien und eine Integrierte Gesamtschule. Von den Realschulen PLUS findet nur eine Schule (Peter-Gärtner-Schule in Böhl-Iggelheim) in integrierter Form statt. An der einzigen Integrierten Gesamtschule (IGS Mutterstadt) müssen jährlich ca. 2/3 der angemeldeten SchülerInnen abgelehnt werden.

Seit vielen Jahren arbeiten an zahlreichen Schulen im Rhein-Pfalz-Kreis SchulsozialarbeiterInnen. Bei auftauchenden Problemen arbeiten sie eng mit der jeweiligen Schulleitung und den Lehrkräften zusammen, stehen allen SchülerInnen beratend zur Seite und sorgen mit für ein gutes Schulklima. Sie werden an diesen Schulen gebraucht; sie sind dort nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig sind dies in aller Regel nur Teilzeitstellen; die SchulsozialarbeiterInnen sind mit einer Vielzahl von Anfragen und Aufgaben überlastet.

Eine gute Ernährung ist essentiell für unsere Kinder. Immer mehr Menschen ernähren sich nicht ausreichend gesund. Zwar achtet der Kreis schon bei seinen weiterführenden Schulen auf ein möglichst ausgewogenes Angebot, auch mit regionalem und biologischem Essen. Gutes Essen ist uns aber auch etwas wert.

- Wir fordern weiterhin, dass im Rhein-Pfalz-Kreis eine zweite Gesamtschule eingerichtet wird.
- Wir werden die Anzahl der SchulsozialarbeiterInnen und deren Stellenanteile Schritt für Schritt ausweiten.
- Wir unterstützen Initiativen, die die Ernährung in Schulen optimal gestalten wollen und eine Zertifizierung der Ernährung nach DGE Standard (Sterne Zertifizierung) anstreben. Auch Schulgärten unterstützen wir und regen eine Zusammenarbeit mit den Landfrauen in der Ernährungsbildung an. Wir wollen den Anteil an regionalem und biologischem Essen in der Ernährung deutlich steigern. Als Kreis werden wir hierfür das notwendige Geld zur Verfügung stellen.

... für alle Menschen im Kreis

81 Die Einwohner/innen im Rhein-Pfalz-Kreis mit ihrer Lage zwischen den Städten
 82 Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal sind – statistisch betrachtet – im
 83 Vergleich mit anderen Landesteilen sehr wohlhabend. In unmittelbarer Nähe
 84 befinden sich zahlreiche namhafte Firmen und Institutionen, die gut bezahlte
 85 Arbeitsplätze bieten.

86 Von der Politik leicht vergessen wird dabei der Bevölkerungsanteil mit niedrigen
 87 Einkommen. Nicht nur für MigrantInnen fehlt bezahlbarer Wohnraum, sondern auch
 88 für viele andere Menschen. Nicht nur SchülerInnen, ältere Menschen und Menschen
 89 mit Behinderung brauchen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Der bisher
 90 vorherrschenden Politik fehlt es aber am geschärften Blick auf diese
 91 alltäglichen Situationen vieler Menschen. Während es in den Städten schon seit
 92 einigen Jahren das Instrument des „Armutsberichts“ gibt, ist dies im Rhein-
 93 Pfalz-Kreis bislang kein Thema.

94 Wir leben in einer hoch-mobilen Gesellschaft; der Rhein-Pfalz-Kreis ist
 95 verkehrsgünstig gelegen und sowohl an das Schienennetz wie auch an das
 96 Straßennetz gut angeschlossen. Täglich pendeln Tausende von Menschen aus dem
 97 Landkreis ein und aus – zu ihrer Arbeitsstelle oder aus anderen Gründen. Hohe
 98 Mobilität hat aber ihren Preis, den nicht alle Menschen zahlen können. Selbst
 99 rabattierte Dauerkarten wie Jahres- und Monatskarten im ÖPNV sind für diese
 100 Gruppe nahezu unerschwinglich. Erst bei Personen „60 Jahre und älter“ gibt es im
 101 öffentlichen Nahverkehr eine preisgünstige Lösung beim Verkehrsverbund Rhein-
 102 Neckar (VRN). Warum nur für diese Altersgruppe?

103 Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden haben sich bei der Aufnahme und der
 104 Integration zahlreicher Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern in
 105 den zurückliegenden drei Jahren – seit 2015 – sehr engagiert. Insbesondere das
 106 Sozialamt des Kreises, die SozialarbeiterInnen in den Gemeinden und die
 107 zahllosen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen sind hier dankend hervorzuheben.
 108 Sie haben dabei geholfen, den zu uns geflüchteten Menschen eine Bleibe zu geben
 109 und sie bei den ersten Schritten in Deutschland zu begleiten.

- 110 • Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Rhein-Pfalz-Kreis mit seinen
 111 Gemeinden zusammensetzt und sich erstmals einen Überblick über die
 112 Lebenssituation zahlreicher Menschen verschafft mit Hilfe eines
 113 „Armutsberichts“.
- 114 • Wir fordern, dass der Rhein-Pfalz-Kreis als Mitglied im VRN sich für die
 115 Einführung eines Sozialtickets für Geringverdiener (Arbeitslosengeld II-
 116 Empfänger, Asylsuchende, ...) im Verkehrsverbund Rhein-Neckar stark macht.

117 Wir setzen uns für die Schaffung einer Stelle eines/einer
 118 Integrationsbeauftragten in der Kreisverwaltung ein, der/die ein
 119 Integrationskonzept erarbeitet, welches u.a. auch die Erhöhung des
 120 Migrantenanteils in der öffentlichen Verwaltung vorsieht.

121 Glücklicherweise werden wir immer älter, eine Entwicklung, die aber auch mehr
 122 Pflegebedürftigkeit im Alter mit sich bringt. Viele Menschen, die Pflege
 123 benötigen, wünschen sich zu Hause bleiben zu können oder zumindest wohnortnah in
 124 der Gemeinde gepflegt werden zu können. Hier helfen individuelle Wohn- und
 125 Pflegeformen in der Gemeinde anstelle eines weiteren Ausbaus großer Pflegeheime.
 126 Um die Selbstbestimmung der Menschen auch im Alter zu sichern, brauchen wir eine

127 gesicherte und menschenwürdige Pflege im selbst gewählten Wohnumfeld, u.a. Wohn-
128 und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege.

129 Oft wird davon gesprochen, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Orte der
130 Begegnung sind ein Mittel gegen diese Entwicklung. Mehrgenerationenhäuser sind
131 offene Begegnungsorte, in denen das Miteinander von Menschen verschiedener
132 Altersgruppen mit unterschiedlichem kulturellem und sozialem Hintergrund aktiv
133 gelebt werden soll. Sie bieten Raum für gemeinsame Aktivitäten und schaffen ein
134 nachbarschaftliches Miteinander in der Kommune. In einem
135 generationenübergreifenden Ansatz helfen Jüngere Älteren und umgekehrt. Im
136 Mittelpunkt steht ein offener Treff, z.B. als Caféstube. Darum herum können eine
137 Vielzahl von speziellen Angeboten entstehen wie Betreuungs-, Lern- und
138 Kreativangebote für Kinder und Jugendliche, Weiterbildungskurse für den (Wieder-
139) Einstieg in den Beruf, Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige und deren
140 Angehörige, Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten und vieles mehr. Basis
141 ist dabei immer das freiwillige bürgerliche Engagement. Das Mehrgenerationenhaus
142 in Limburgerhof besteht seit 10 Jahren und ist ein gelungenes Beispiel für diese
143 Begegnungsorte.

144 Wir setzen uns ein für ergänzende Pflegeangebote in den Gemeinden, die den
145 Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir setzen uns für
146 weitere Mehrgenerationenhäuser in den Gemeinden unseres Kreises ein.